

**»Filz von Staat, Parteien und Energiewirtschaft«
Demokratische Kontrolle der Stromkonzerne und Schwenk zu
erneuerbaren Energien erforderlich. Ein Gespräch mit Sven
Giegold**

Herbert Schedlbauer

**Sven Giegold gehört zu den Mitgründern von ATTAC Deutschland
und ist Mitglied der europäischen ATTAC-Koordination**

***Am Samstag hatte die Klima-Allianz in Nordrhein-Westfalen zur
Demonstration vor dem im Bau befindlichem Braunkohlekraftwerk
der RWE in Neurath bei Düsseldorf gerufen. Warum an dieser
Stelle?***

Neurath wird die größte Dreckschleuder in ganz Europa werden.
In Neurath wird mehr CO₂ produziert als in Schweden. Wenn man
von Umweltschutz redet, darf hier kein neues Kraftwerk gebaut
werden, genau wie an über 20 weiteren Standorten.

***Wir hören viel Lob über die Bundesregierung in Sachen
Umweltschutz. Gleichzeitig werden in Deutschland die
schmutzigsten Autos und Kohlekraftwerke gebaut. Kommt also aus
Berlin nur heiße Luft?***

Unter den Blinden ist der Einäugige König. Deutschland hat
jetzt immerhin ein Klimaschutzprogramm beschlossen. Allerdings
werden darin die schlimmsten Verschmutzer sehr stark geschont.
Die Politik setzt auf neue Kohlekraftwerke. Im Bereich Verkehr
ist praktisch nichts Relevantes passiert. Die Autokonzerne
werden protegiert. Gleichzeitig wird der Bau neuer Flughäfen
subventioniert. Die Vermieter und Hausbesitzer werden nicht
verpflichtet, ihre Häuser zu sanieren. Deshalb ist das alles
nur ein kleiner Schritt dahin, dass dieses Land CO₂-frei wird.

***Umweltverbände haben am Samstag gemeinsam mit der Industrie
und der Bild-Zeitung dazu aufgerufen, für fünf Minuten die
Lichter auszuschalten. Sind die »Partner« die man sich da
ausgesucht hat, nicht in Wirklichkeit die Gegner einer
alternativen Energiepolitik?***

Die Umweltbewegung hat ein Problem, Menschen zu erreichen, die
nicht akademisch gebildet sind oder eine gute Ausbildung
haben. Deshalb gab es diese Kooperation. Ich persönlich halte
es für kritikwürdig, dass damit keinerlei politische Forderung
verbunden wird. Heute geht es nicht mehr nur darum, mehr
Klimaschutz zu fordern, sondern auch Täter und Opfer zu
benennen und klarzumachen, was sich ändern muß. Das fehlte bei
dieser Aktion.

Wie sollte eine zukünftige Energiepolitik aussehen?

Sie muß auf Energieeinsparung und erneuerbare Energie setzen.
Wenn dies konsequent gemacht wird, brauchen wir keine neuen
Kohlekraftwerke. Gebraucht werden für den Übergang vielleicht
einige Gaskraftwerke, damit die Atomkraftwerke endlich
abgeschaltet werden können.

Die Energiepreise sind so hoch wie nie. Verbraucherschutz- und Umweltverbände empfehlen einen Stromanbieterwechsel. Ist dies wirklich eine Lösung, um gegen die Preisdiktate vorzugehen?

Das ist keine Lösung, aber ein sinnvoller Schritt. Es gibt keinen Grund, warum man nicht wechseln sollte. Es geht nicht nur darum, ob man Einfluß auf die Preise bekommt oder ob dies unterm Strich mehr Ökostrom bringt. Das ist auch eine Boykottbewegung, um diesen vier Konzernen zu zeigen, daß man keine Orientierung auf Kohle- und Atomenergie mehr will.

Wie kann eine demokratische Kontrolle der Energiewirtschaft durchgesetzt werden?

Wir haben es mit einem Filz von Staat und Energiewirtschaft zu tun. Das sieht man ja an Politikern wie Wolfgang Clement, Laurenz Meyer oder Werner Müller. Von Energiekonzernen über die Wirtschaftsministerien bis in die Gewerkschaften haben wir ein dichtes Lobbygeflecht. Es ist ein System, das sich gegenseitig stützt. Allen voran die SPD, CDU und FDP sind die Büttel der Energiekonzerne. Aber auch die Linkspartei macht in Berlin den Helfer für den Bau eines Kohlekraftwerks. Selbst im Schwarz-Grün regierten Kiel wird ein Kohlekraftwerk geplant. Wir erwarten den Kohleausstieg aller Parteien. Wir brauchen eine demokratische Kontrolle der Energiewirtschaft - eine Energieerzeugung, die sich nicht am Profit orientiert.

Müssen dazu nicht letzten Endes diese Konzerne in Gemeineigentum überführt werden?

Genau. Aber mir geht es nicht darum, dann staatliche Atom- und Kohlekonzerne zu schaffen. Es kommt darauf an, dass die Nutzer und Politik zu sagen haben, wie es abläuft im Energiebereich. Wir brauchen nicht - wie in Frankreich oder Schweden - einen großen Konzern, der zwar in staatlicher Hand ist, sondern dezentrale Energieunternehmen unter demokratischer Kontrolle. Den Artikel finden Sie unter: <http://www.jungewelt.de/2007/12-10/052.php>

(c) Junge Welt 2007

<http://www.jungewelt.de>